



@DGUVKompakt

 Webmagazin
www.dguv.de/kompakt

Seite 2: Eine zu stark belastete Psyche macht krank. Wie Unternehmen ihre Beschäftigten schützen, erklären Esin Taşkan (BG RCI) und Dr. David Beck (BAuA) im Interview.

Es gibt noch viel zu tun

Es reicht nicht, den Behindertensport nur dann zu thematisieren, wenn die Paralympics oder die Special Olympic World Games stattfinden. Journalisten wie Christof Dörr machen den Behindertensport auch außerhalb dieser Events sichtbar und fördern so Inklusion. Mit dem Film „Annika will Hockey spielen“ gewann Dörr den German Paralympic Media Award 2023.

„Das besondere an mir ist, dass ich drei Beine habe“, mit diesen Worten beginnt die 13-jährige Annika ihre bewegende Geschichte. Ehrlich und unbefangen erzählt sie von ihrer Krebsdiagnose, die ihr Leben schlagartig verändert hat. Im Film „Annika will Hockey spielen“ von Christof Dörr berichtet Annika, dass sie seit sie zum ersten Mal Feldhockey gespielt hat, von einer professionellen Hockeykarriere träumt. Doch dann bekommt sie die Diagnose Knochenkrebs. Ein Tumor im Knie. Ihr rechtes Bein unterhalb des Oberschenkels muss amputiert werden. Sie bekommt eine Prothese, ihr drittes Bein, wie sie sagt und lernt wieder laufen. Die Geschichte von Annika ist berührend und mutmachend zugleich. Dörr wurde für seinen Beitrag mit dem diesjährigen German Paralympic Media Award (GPMA) in der Kategorie Film ausgezeichnet. Der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, übergab den Preis in der Kategorie Foto: „Der GPMA ist für mich eine Herzensangelegenheit. Denn es geht um guten Journalismus, der Menschen eine Stimme gibt, die zu wenig gehört werden“.

Engagement für Inklusion

Menschen nach einem Unfall wieder zu größtmöglicher Teilhabe am Leben zu verhelfen, ist eine der zentralen Aufgaben der



© DGUV/Jan Röhl

Der preisgekrönte Film von Christof Dörr vermittelt Hoffnung, nach einer lebensbedrohenden Diagnose wieder Mut zu schöpfen und nicht aufzugeben.

gesetzlichen Unfallversicherung. Sport leistet einen wichtigen Beitrag im Reha-Prozess, denn Bewegung unterstützt die Genesung nach einem Unfall. Werden Menschen schneller wieder mobil, wirkt sich das positiv auf die physische und mentale Stärke aus. „Vorbilder spielen dabei eine große Rolle, egal ob im Leistungs-, Reha- oder Breitensport. Vermeintlich unerreichbare Ziele erreichen zu können, motiviert und macht Mut“, bekräftigt Dr. Stefan Hussy, Hauptgeschäftsführer der DGUV. Der GPMA zeigt diese Vorbilder und schließt sich somit einer Reihe von Projekten wie der Paralympics Zeitung, dem Film „Gold – Du kannst mehr als du denkst“ und dem inklusiven Staffelmarchon R(h)ein Inklusiv an. Aktuell läuft die Aktion „Dein Start. Unser Ziel.“ Sie zeigt Menschen wie Britta Wend, die während des Sportstudiums einen Trainingsunfall erlitt. Nach dem Unfall entdeckte sie das Rollstuhltennis für sich.

Gleiche Chancen

Annika spricht mit großer Selbstverständlichkeit über ihre Behinderung. Das berührt, weil es nicht immer selbstverständlich ist, dass Menschen mit Behinderung die gleichen Chancen haben. Sie müssen oft dafür kämpfen. Der GPMA rückt die Menschen und ihre Sport-Geschichten in den Mittelpunkt, ebenso die Menschen, die diese Geschichten aufgeschrieben, gefilmt, fotografiert oder eingesprochen haben. „Wir sind noch lange nicht am Ziel in Sachen Inklusion. Deshalb ist es gut, dass es Preise wie den GPMA gibt, da dieser Menschen mit Behinderung und ihre Leistungsfähigkeit sichtbar macht“, sagt Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, am Abend der Veranstaltung.

Alle prämierten Beiträge und Nominierten:

→ www.dguv.de > Webcode: d1184287

AKTUELL: Positionspapier zur Krankenhausreform

Die Bundesregierung plant eine umfassende Reform der Krankenhausversorgung in Deutschland. Die gesetzliche Unfallversicherung unterstützt die Reform, appelliert aber an Bund und Länder, die besonderen Bedarfe bei der Versorgung Unfallverletzter zu berücksichtigen. → www.dguv.de > Webcode: d1184239



Liebe Leserinnen und Leser,

die Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung in Brüssel feiert im Juni ihr 30-jähriges Bestehen. Die Gründung des Brüsseler Büros hatte mit Weitsicht zu tun. Ilka Wölfle, Direktorin der Europavertretung, hat es mal treffend formuliert: Man muss buchstäblich „das Gras wachsen hören“, um frühzeitig die Entwicklung einer politischen Diskussion zu erfassen und zu begleiten. Die Spitzenorganisationen der gesetzlichen Kranken-, Renten- und Unfallversicherung haben das vor 30 Jahren erkannt und gemeinsam die Vertretung gegründet. Seitdem sind wir nah dran an dem, was in der Europäischen Union auf der Agenda steht, und bringen unsere Expertise und unsere Interessen frühzeitig ein.

Arbeitsschutz ist europäisch. Daher können Herausforderungen auch nur gemeinsam auf europäischer Ebene gelöst werden. Der Umgang mit Asbest oder Chemikalien, die psychische Gesundheit von Beschäftigten, der Einsatz von Künstlicher Intelligenz, Klimawandel und Digitalisierung – die Herausforderungen im Arbeitsschutz sind vielfältig und werden nicht weniger. Das oberste Ziel für die gesetzliche Unfallversicherung ist und bleibt: Arbeit gesund und sicher zu gestalten. Das galt vor fast 140 Jahren bei Gründung einer Versicherung gegen Arbeitsunfälle und das gilt für die Zukunft. Der Titel der begleitenden Fachkonferenz zum Jubiläum fasst es gut zusammen – „Bismarck on the move: Get digital. Go green.“ Die Sozialversicherung muss mit der Zeit gehen, aber die Grundprinzipien müssen bleiben. Dafür braucht es auch weiterhin eine starke Stimme der deutschen Sozialversicherung in Brüssel.

Ihr
Dr. Stefan Hussy
Hauptgeschäftsführer der DGUV

Im Interview: Esin Taşkan und Dr. David Beck

„In vielen Betrieben bleiben psychosoziale Risiken außen vor.“

Hektik und Stress bei der Arbeit, Belästigung und Mobbing, Pausenausfall und überlange Arbeitszeiten – davor wollen und müssen Betriebe ihre Beschäftigten schützen. Doch wie können sie die psychosozialen Risiken der Arbeit systematisch erfassen und welche Gegenmaßnahmen sind geeignet? DGUV Kompakt sprach mit Dr. David Beck von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) und Esin Taşkan von der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie (BG RCI) über einen grundlegenden Ansatz, die Gesundheit der Beschäftigten umfassend zu betrachten und zu schützen.

Frau Taşkan, Herr Dr. Beck, wir haben einen zunehmenden Arbeitskräftemangel in Deutschland. Die Menschen sollen zudem länger arbeiten. Wie können Unternehmen ihren Beschäftigten helfen, gesund ins Rentenalter einzutreten?

Taşkan: Unternehmen sind verpflichtet, die Arbeit sicher und gesund zu gestalten. Traditionell bedeutete dies technische Verbesserungen, wie Schutzeinrichtungen an Maschinen oder ergonomische Anpassungen. Seit einigen Jahren wird zunehmend auch die psychische Belastung, beispielsweise durch zu starke Arbeitsverdichtung, Mobbing oder sogar Belästigung oder Gewalt am Arbeitsplatz in die Betrachtung einbezogen. Das ist wichtig, denn Stress kann Menschen krank machen und für lange Ausfallzeiten sorgen.

Zahlen & Fakten: Psychische Erkrankungen

Jeder siebte Erwachsene hat mindestens einmal im Laufe seines Lebens die diagnostischen Kriterien für eine Depression erfüllt. Das sind innerhalb eines Jahres 7,1 % der Bevölkerung. Neue Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund von Depressionen haben seit Beginn der 2000er Jahre erheblich zugenommen.

Quelle: RKI

Die gesetzliche Unfallversicherung sieht in der Gefährdungsbeurteilung die Grundlage, um Gefahren am Arbeitsplatz zu erfassen. Das beinhaltet auch die psychische Belastung. Wird das Instrument in der Praxis angenommen?

Beck: Leider nicht flächendeckend. In kleinen Betrieben wird mehrheitlich keine Gefährdungsbeurteilung durchgeführt. In vielen großen Betrieben bleiben psychosoziale Risiken der Arbeit in der Gefährdungsbeurteilung häufig außen vor.

Was glauben Sie, woran liegt das?

Beck: Zum einen ist die psychische Belastung für den technisch geprägten Arbeitsschutz nach wie vor ein junges Handlungsfeld, in dem es in den Betrieben noch an Fachwissen und Erfahrung mangelt. Zum anderen sind Gefährdungen, etwa infolge einer zu hohen Arbeitsintensität, überlanger Arbeitszeiten oder inadäquaten Führungsverhaltens, auch recht schwierig zu beurteilen. Einige Betriebe scheuen sich davor.

Taşkan: Wir merken, es braucht seine Zeit bis sich die Prozesse zur Erfassung der psychischen Belastung bei der Arbeit etablieren. Das ist auch bei allen anderen Gefährdungen so. Beim ersten Mal kann es eine Hürde darstellen, den Prozess zu starten, weil zunächst verstanden werden muss, was genau mit welchen Methoden erfasst werden soll. Wir erleben es jedoch oft, dass Betriebe, wenn sie einmal begonnen haben, die Gefährdung durch psychische Belastung langfristig berücksichtigen.

Wie hilft die Unfallversicherung den Unternehmen?

Taşkan: Die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen beraten und unterstützen die Betriebe gemeinsam mit den Arbeitsschutzbehörden der Länder. Oft reicht auch schon ein Blick in die jeweiligen Internetseiten der Träger, dort finden sich nützliche Informationen und auf Branchen oder Betriebsgrößen angepasste Konkretisierungen, die eine Umsetzung der Gefährdungsbeurteilung erleichtern. Ein wichtiger Beitrag ist auch die Überarbeitung der Empfehlungen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA). Die 4. Auflage konkretisiert die Anwendung stärker und sorgt für mehr Handlungssicherheit in den Betrieben.



Die Gefährdungsbeurteilung ist die Grundlage, um Gefahren am Arbeitsplatz zu erfassen. Die Abbildung zeigt in sieben Schritten, wie es geht.

Wie kann man sich die Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung vorstellen?

Taşkan: Eine Gefährdungsbeurteilung muss durchgeführt werden, sobald mindestens eine Person im Unternehmen beschäftigt ist. Das ist gesetzlich vorgeschrieben. Ziel ist es, präventiv zu handeln, damit es gar nicht erst zu Unfällen oder Überlastungen kommt. Dabei werden für jeden Arbeitsplatz, jedes Arbeitsmittel und jede Tätigkeit die möglichen Risiken erfasst. Das können technische Dinge sein, wie Gefahren durch die Bedienung von Maschinen oder fehlende Ergonomie. Aber auch die psychischen Aspekte müssen dokumentiert werden, wenn beispielsweise Übergriffe drohen. Das kann entweder über eine Befragung, über Workshops oder Beobachtung erfolgen. Werden Beschäftigte in diesen Prozess einbezogen, können Gefährdungen genauer identifiziert werden.

Beck: Sind alle Risiken erfasst, werden daraufhin passende Schutzmaßnahmen abgeleitet. Auch diese müssen dokumentiert werden. Das ist ein gemeinsamer Prozess der Arbeitgebenden mit den Beschäftigten und er muss regelmäßig wiederholt werden, wenn sich die Gegebenheiten ändern.

Gibt es Handlungshilfen, die durch den Prozess führen, besonders hinsichtlich der psychischen Gefährdungen?

Taşkan: Die GDA-Empfehlungen konkretisieren, welche Gefährdungen durch psychische Belastung beurteilt werden sollen. Daran kann man sich orientieren. Auch werden empfehlenswerte Vorgehensweisen und Methoden beschrieben, die Gefahren zu erfassen.

Beck: Grundsätzlich haben Unternehmen Handlungsspielraum wie sie die Gefährdungsbeurteilung durchführen. Die Do-

kumentation kann handschriftlich oder mithilfe einer Software erfolgen. Auch der Umfang der Dokumentation hängt von den Arbeitsabläufen ab.

Was sind die Herausforderungen der nächsten Jahre?

Beck: Der Austausch mit der betrieblichen Praxis ist wichtig, um gute und praktikable Lösungen bekannt zu machen, aber auch, um Probleme und Schwierigkeiten der Betriebe im Umgang mit psychischer Belastung besser zu verstehen. Am Ende sind sichere und gute Arbeitsbedingungen auch ein wichtiges Argument für die Arbeitskräftebindung. Mit der Gefährdungsbeurteilung lassen sich relevante Themen wie Arbeitsorganisation, Arbeitsumgebung, Aufgaben und Betriebsklima im Team ansprechen und für alle zum Vorteil gestalten.

GDA Portal – Psychische Belastungen

➔ www.gda-portal.de > Betriebe > Psychische Belastung



Esin Taşkan (li.) leitet die Präventionsabteilung Gesundheit-Medizin-Psychologie der BG RCI und das Sachgebiet der DGUV „Psyche und Gesundheit in der Arbeitswelt“.

Dr. David Beck (re.) ist Leiter der Fachgruppe „Psychische Belastung und Mentale Gesundheit“ bei der BAuA.

Starke Allianz für #mehrAchtung im Straßenverkehr

Ein besseres Verkehrsklima für 70 Millionen Menschen fordert die Verkehrssicherheitsinitiative #mehrAchtung des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) und des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR). DGUV sowie Berufsgenossenschaften und Unfallkassen unterstützen die Initiative.

Ob mit dem Auto, zu Fuß, mit dem E-Scooter, Motorrad oder Pedelec – die vielen Verkehrsteilnehmenden müssen sich einen engen Raum teilen. Nicht selten folgen daraus Stress, Frust und Aggressionen. Diese Emotionen gefährden aber die Verkehrssicherheit. Die Aufmerksamkeit sinkt und die Wahrscheinlichkeit eines Unfalles steigt. Allein 2022 geschahen 2.403.366 Unfälle im Straßenverkehr. 358.665 Menschen wurden verletzt und 2.776 getötet.

#mehrAchtung soll gezielt besseres Miteinander im Straßenverkehr fördern. Mit plakativen Botschaften wird bundesweit auf digitalen Außenflächen, in Print-Medien und den sozialen Medien für mehr Respekt und Achtsamkeit sensibilisiert. Die Initiative leistet einen wichtigen Beitrag zum Verkehrssicherheitsprogramm 2021 bis 2030 der Bundesregierung und zur Umsetzung des Pakts für Verkehrssicherheit. Diesem hat sich auch die DGUV angeschlossen.

„Unfallprävention im Straßenverkehr hat für uns eine hohe Bedeutung, denn bei Verkehrsunfällen gibt es häufig schwere Unfallfolgen und viel zu viel menschliches Leid. Deshalb ist die Partner-Initiative #mehrAchtung richtig und wichtig!“, macht Dr. Stefan Hussy, Hauptgeschäftsführer der DGUV deutlich. Die DGUV setzt sich seit langem für die Vision Zero sowohl in der Arbeitswelt als auch im Straßenverkehr ein.

➔ www.mehrachtung.de



#mehrAchtung fordert Vorsicht und Aufmerksamkeit in Gefahrensituationen als auch Respekt und Wertschätzung im Umgang miteinander.

Gewalt am Arbeitsplatz – Welche Branchen sind gefährdet?

Gewalt am Arbeitsplatz ist ein weitverbreitetes Problem. Frauen sind häufiger betroffen als Männer und auch einzelne Branchen sind stärker gefährdet. So sind vierzig Prozent der gemeldeten Gewaltunfälle am Arbeitsplatz der letzten fünf Jahre dem Gesundheits- und

Sozialwesen zuzuordnen. Aber auch Beschäftigte im öffentlichen Personenverkehr, bei Sicherheitsdiensten, im Einzelhandel, sowie im Bereich Erziehung und Unterricht sind Gewalt ausgesetzt.

Die Ausgabe 3/2023 der DGUV forum beschäftigt sich mit dem Thema Gewalt am Arbeitsplatz. Dort sind die ausführlichen Statistiken nachzulesen.
www.forum.dguv.de > Ausgabe 3/2023

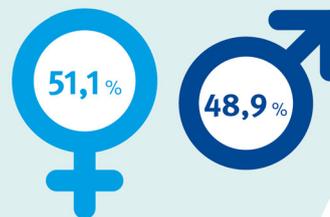
GEWALTUNFÄLLE NACH BRANCHEN

(2017–2021)



GEWALTUNFÄLLE NACH GESCHLECHT

(2017–2021)



2021 wurden knapp 12.000 Arbeitsunfälle durch Gewalteinwirkung gemeldet.



Eine Arbeitswelt ohne Gewalt und Belästigung

Bedrohungen, Beleidigungen und Belästigungen – manchmal auch körperliche Angriffe: Gewalt am Arbeitsplatz ist nicht selten. Besonders Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen aber auch im Einzelhandel, in Behörden und im öffentlichen Personenverkehr, sowie Pädagogen sind zunehmend mit Aggressionen konfrontiert (siehe Grafik).

Niemand sollte während seiner Arbeit Gewalt erfahren. Deswegen begrüßt die gesetzliche Unfallversicherung die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens Nr. 190 über die Beseitigung von Gewalt und Be-

lästigung in der Arbeitswelt durch die Bundesregierung. Die Unfallversicherung unterstützt die Ziele des Abkommens.

Berufsgenossenschaften und Unfallkassen beraten die Unternehmen zur Durchführung der Gefährdungsbeurteilung (siehe Interview auf S. 2) und geben branchenspezifische Hinweise zur Prävention von Gewalt. Beschäftigte, die Gewalt erfahren haben, erhalten Unterstützung durch Heilbehandlung, Rehabilitation oder psychotherapeutische Hilfe.

www.dguv.de > Webcode: dp1320116



40 Prozent der gemeldeten Gewaltunfälle am Arbeitsplatz stammen aus dem Gesundheits- und Sozialwesen.

Impressum

Herausgegeben von: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. (DGUV), Dr. Stefan Hussy (Hauptgeschäftsführer). Die DGUV ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand.

Redaktionsschluss: 16.06.2023

Herausgeberbeirat: Dr. Renate Colella (Vorsitz), Prof. Dr. med. Axel Ekkernkamp, Frauke Füsers, Markus Hofmann, Gabriele Pappai, Dr. Udo Schöpf, Karl-Sebastian Schulte, Ilka Wölffe

Chefredaktion: Gregor Doepeke, Kathrin Baltscheit, DGUV, Glinkastraße 40, 10117 Berlin

Redaktion: Kathrin Baltscheit, Katharina Braun, Arlén Buchholz, Katrin Wildt

Grafik: Atelier Hauer & Dörfler GmbH, www.hauer-doerfler.de

Verlag: Quadriga Media Berlin GmbH, Werderscher Markt 13, 10117 Berlin

Druck: MedienSchiff BRuno

Kontakt zur Redaktion: kompakt@dguv.de

Bildquellen Porträts: S. 2: Jan Röhl/DGUV, S. 3: Carola Thiede (li.), privat (re.)

